



Inhalt	Seite
GI Leitsätze	62
Regreßprozeß gegen Steuerberater	63
– Sachverständigengutachten	
– Aufklärung durch das Gericht	
– Nachfragepflicht des Steuerberaters	
(OLG Düsseldorf Ur.t.v. 3.5.1990 – 18 U 209/89 – rechtskräftig)	
Honoraranspruch des Steuerberaters	66
– Monatliche Abbuchung	
– Buchführungsrechnung	
(OLG Düsseldorf Ur.t.v. 31.10.1990 – 18 U 99 u. 113/90, rechtskräftig)	
Haftung des Steuerberaters	68
– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	
– Verjährungsbeginn § 68 StBG	
(OLG Hamm Beschl.v. 16.10.1989 – 25 U 1/89)	
Haftung des Steuerberaters	72
– Beweislast für Beratungsfehler	
– Anerkenntnis des Beratungsfehlers	
(OLG Hamm Ur.t.v. 16.12.1988 – 25 U 10/88)	
Werbeverbot des Steuerberaters	74
– Berufswidrige Werbung	
(OLG Hannover Beschl.v. 1.3.1990 – 44 StL 1/90 – rechtskräftig)	
Haftung des Steuerberaters	77
– Beweislast für Telefongespräch	
– Zustimmung des Mandanten zum Betriebsprüfungsergebnis	
– Vorsätzliche Pflichtverletzung des Mandanten	
(LG Hof Ur.t.v. 23.1.1990 – 10 328/89)	
GI Hinweis	82

GI Leitsätze

Verdienstbescheinigung / Aussagewert / Vertrauen des Kreditgebers

1. Die Verdienstbescheinigung für einen GmbH-Geschäftsführer sagt regelmäßig nichts über die Dauer der Geschäftsführertätigkeit, das Stadium, in dem sich die GmbH befindet oder die Durchsetzbarkeit des Gehaltsanspruchs aus.
Besteht Namensidentität des Geschäftsführers mit der Firma der GmbH, ist besondere Vorsicht geboten.
2. Einen Kreditgeber, der auf eine Verdienstbescheinigung – in Tz. 1 beschrieben – ein Darlehen gibt, trifft ein weit überwiegendes Mitverschulden, welches Schadenersatzansprüche ausschließt.
(OLG Hamm Urt.v. 23.11.1990 – 25 U 244/89, bestätigt LG Paderborn Urt.v. 19.10.1989 – 3 O 304/89, GI 1990, 40)

Schaden des Mandanten / Rechtswidriger Steuervorteil

Dem Mandanten kann ein Schaden nur dann entstanden sein, wenn er nach den Steuergesetzen einen Anspruch auf eine niedrigere Steuerfestsetzung gehabt hat (hier: Steuerbescheid war nicht ordnungsgemäß bekanntgegeben worden, so daß keine Bestandskraft eintrat und das Finanzamt die Steuern neu festsetzen konnte; angebliche Pflichtverletzung des Steuerberaters: Unterlassene Prüfung, ob ordnungsmäßige Bekanntgabe des fehlerhaften Steuerbescheides).
(LG Kleve Urt.v. 5.12.1990 – 2 O 203/90)

Haftung des Rechtsanwaltes / Kündigungsschutz / Konkursausfallgeld

Unterläßt ein mit einer Kündigungsschutzklage beauftragter Rechtsanwalt den Mandanten bei eingetretenem Konkurs des Beklagten darüber zu belehren, daß der Mandant Konkursausfallgeld beantragen kann, so wird er diesem schadenersatzpflichtig, wenn hierdurch die Antragsfrist versäumt ist.
(AG Siegburg Urt.v. 3.9.1987 – 7 C 171/87, NJW RR 1989, 155)

Regreßprozeß gegen Steuerberater

- Sachverständigengutachten
 - Aufklärung durch das Gericht
 - Nachfragepflicht des Steuerberaters
- (OLG Düsseldorf Urt.v. 3. 5. 1990 – 18 U 209/89 – rechtskräftig)

Leitsatz:

Wird ein Steuerberater wegen fehlerhafter Buchführung, Aufstellung fehlerhafter Jahresabschlüsse und fehlerhafter Umsatzbesteuerung in Anspruch genommen und kann die Pflichtverletzung nur durch ein aufgrund der Bücher und Belege zu erstattendes Gutachten eines Sachverständigen aufgeklärt werden, so leidet das Verfahren des Gerichts an einem Mangel, wenn es dem Sachverständigen überläßt, sich die Bücher und Belege bei den Parteien zu beschaffen. Das Gericht muß diese Urkunden sich selbst vorlegen lassen, die Parteien zur Erklärung über die Identität und Vollständigkeit auffordern und einen allfälligen hierauf bezüglichen Streit durch eine Beweisaufnahme klären, ehe es das Gutachten erstatten läßt.

Leitsatz (d.Verf.):

Der Steuerberater ist nur zu Rückfragen beim Mandanten verpflichtet, wenn sich ihm aus den vorgelegten Unterlagen Zweifel an deren Richtigkeit oder Vollständigkeit aufdrängen mußten.

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin führte bis Anfang des Jahres 1981 Warentermingeschäfte durch, danach stellte sie ihre gesamte Tätigkeit auf die Vermittlung von Aktienoptionen um. Der Beklagte erstellte für die Klägerin die Buchhaltung der Jahre 1981, 1982 und 1983, außerdem die Jahresabschlüsse für die Jahre 1980, 1981 und 1982. Die Klägerin ließ diese Arbeiten durch den Steuerberater im wesentlichen neu erstellen, dieser berechnete der Klägerin dafür insgesamt 27.851,33 DM. Die Klägerin verlangt von dem Beklagten Ersatz ihrer Überarbeitungskosten.

Die Klägerin hat behauptet:

Die Buchhaltungsarbeiten des Beklagten und die darauf beruhenden Jahresabschlüsse hätten zwei grundlegende Fehler enthalten: einmal seien die Provisionserlöse nicht richtig verbucht worden, zum anderen

habe der Beklagte die Mehrwertsteuersituation falsch behandelt. Verschiedene Geschäftsvorgänge seien überhaupt falsch verbucht worden. Infolgedessen hätten die Arbeiten des Beklagten neu erstellt werden müssen.

Aus den Gründen:

I.

II. Rechtliche Grundlage für den von der Klägerin geltend gemachten Schadenersatzanspruch sind die Vorschriften über die Schadenersatzleistung bei einer positiven Vertragsverletzung (§ 276 BGB). Das Rechtsverhältnis zwischen Mandanten und Steuerberater/Steuerbevollmächtigten stellt sich nämlich **als Geschäftsbesorgungsverhältnis mit Dienstvertragscharakter** dar, insbesondere dann, wenn der Steuerberater/Steuerbevollmächtigte mit umfassenden Leistungen beauftragt wird (BGHZ 54, 106; BGH, VersR 1980, 264). Voraussetzung einer Schadenersatzpflicht des Beklagten ist demgemäß, daß er seine Vertragspflichten schuldhaft (zumindest fahrlässig) so schlecht erfüllt hat, daß der Klägerin daraus ein Schaden entstanden ist. Die tatsächlichen Voraussetzungen für einen solchen Anspruch hat die Klägerin – als Anspruchstellerin – darzulegen und zu beweisen: Geht es – wie hier – um grundsätzliche Systemfehler der Buchhaltungsarbeiten, so gehört zu deren Darlegung und Nachweis auch die Tatsachengrundlage (Information und Belege), aufgrund deren der Beklagte seine Arbeiten vorgenommen hat.

III. Gemessen an diesen Grundsätzen bedarf es zur Entscheidung über den jetzt noch streitigen Teil der Klage einer weiteren Beweisaufnahme:

Der Sachverständige G. hat die von der Klägerin behaupteten grundsätzlichen Buchführungsfehler des Beklagten bestätigt (Behandlung der Mehrwertsteuer/Behandlung der Provisionen). **Die Feststellungen des Sachverständigen genügen jedoch nicht, um entsprechende (schuldhafte) Pflichtverletzungen des Beklagten feststellen zu können.** Dazu ist nämlich erforderlich, daß der Sachverständige seine Feststellungen anhand derselben Tatsachengrundlagen (Informationsstand/Belege) getroffen hat, wie sie auch dem Beklagten bei seinen Arbeiten zur Verfügung standen. Das aber wird gerade vom Beklagten bestritten. Folglich bedürfen die von der Klägerin dazu aufgestellten Behauptungen (umfassende Information/dieselben Belege) des Beweises; die von der Klägerin dazu angetretenen Beweise (Zeugnis F. und R.) sind ebenso zu erheben wie der vom Beklagten dazu angetretene Gegenbeweis (Zeugnis B.). Möglicherweise wird es auch

erforderlich sein, die Unterlagen im einzelnen festzustellen, welche dem Sachverständigen G. vorgelegt und/oder ausgehändigt worden sind (Vorlage sämtlicher Buchführungsunterlagen, erneute Anhörung des Sachverständigen).

Zur Feststellung einer (schuldhaften) Pflichtverletzung des Beklagten **genügt es nicht, von einer Nachfragepflicht des Beklagten auszugehen** und dementsprechend festzustellen, daß der Beklagte sich nicht – wie geboten – seinerseits informiert und auch nicht seinerseits die Vorlage fehlender Unterlagen verlangt habe. Auch diese Fragen lassen sich zuverlässig erst dann beurteilen, wenn feststeht, welche Unterlagen und welche Informationen der Beklagte bei Durchführung seiner Arbeiten tatsächlich zur Verfügung hatte. Ein Steuerberater/Steuerbevollmächtigter ist nämlich zu **Rückfragen nur dann verpflichtet, wenn sich ihm anhand der ihm für seine Arbeiten zur Verfügung gestellten Unterlagen Zweifel hinsichtlich deren Richtigkeit und Vollständigkeit aufdrängen** (aufdrängen müssen).

- IV. Das Landgericht hat die erforderliche Aufklärung des Sachverhaltes (siehe oben) unterlassen, seiner Entscheidung fehlt deshalb eine ordnungsgemäße Tatsachengrundlage. Das ist ein erheblicher Verfahrensmangel (Baumbach/Lauterbach/Albers, ZPO, 47. Aufl., § 539 Anm. 1 B – m. N.).

Dieser Mangel veranlaßt den Senat zur (teilweisen) Aufhebung der angefochtenen Entscheidung und zur Zurückverweisung der Sache an das Landgericht. Der Senat nimmt davon Abstand, die erforderlichen Beweise selbst zu erheben. Dies würde dazu führen, daß wesentliche Entscheidungsgrundlagen erst im Berufungsrechtszug geschaffen würden und daß den Parteien eine Instanz verlorenginge. Zu der hier erforderlichen, nicht unerheblichen (zusätzlichen) Beweisaufnahme ist jedoch in erster Linie das Landgericht berufen.

Ein der Rückverweisung entgegenstehendes besonders Beschleunigungsinteresse der Parteien ist nicht erkennbar. Der Senat hat einem solchen Interesse außerdem durch eine kurzfristige Terminierung Rechnung getragen.

Honoraranspruch des Steuerberaters

– Monatliche Abbuchung

– Buchführungsrechnung

(OLG Düsseldorf Urt.v. 31.10.1990 – 18 U 99 u. 113/90, rechtskräftig)

Leitsatz:

Zieht der Steuerberater für Buchführungsarbeiten monatlich gleichbleibende Beträge von einem Konto des Mandanten ein, so ist er mangels entgegenstehender schriftlicher Vereinbarung nicht daran gehindert, nach Jahresabschluß die Vergütung für die Buchführung aufgrund des dann festgestellten Gegenstandswertes nach den Vorschriften der Steuerberatergebührenverordnung zu fordern.

Leitsätze (d.Verf.):

1. Den Mandanten trifft die Darlegungslast für die Behauptung, die Mittelgebühr sei übersetzt. Der Hinweis, daß der Steuerberater nicht sein Kassenbuch führen müsse, genügt dafür nicht.
2. Bei einer Rahmengebühr ist der in Anspruch genommene Gebührensatz nicht in der Honorarnote auszuweisen, sondern nur der „Betrag“ der einzelnen Gebühr.

Aus den Gründen:

Die vom Landgericht festgestellte Restforderung des Klägers aus den vier Rechnungen vom 14.10.1987 (Finanzbuchführung 1986), 13.3.1989 (Bilanz, Steuererklärungen, Ermittlung der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung 1987), 22.3.1989 (Finanzbuchführung 1987) und 22.3.1989 (Finanzbuchführung 1988) besteht zu Recht.

Die Abrechnung des Klägers genügt den **Erfordernissen des § 9** der Gebührenordnung, der die „Einforderbarkeit“ der Gebühr regelt. **Anzugeben sind gemäß Abs. 2 Satz 1 dieser Vorschrift „die Beträge der einzelnen Gebühren und Auslagen, die Vorschüsse sowie die angewandten Gebührevorschriften und bei Wertgebühren auch der Gegenstandswert“.** Das dient der Nachprüfbarkeit der Gebührenwahl, wenn die Verordnung für die Gebühr einen Rahmen vorsieht. Der in Anspruch

genommene Satz ist dann ohne weiteres festzustellen, er brauchte deshalb nicht gesondert angegeben zu werden: **die Gebührenordnung schreibt nur den „Betrag“ der einzelnen Gebühr vor, nicht den in Anspruch genommenen Satz.**

Der Kläger war durch die länger als 10 Jahre ausgeübte Selbsteinziehung vom Konto des Beklagten nicht daran gehindert, die Gebühren entsprechend den Sätzen der Gebührenordnung abzurechnen.

Die so erfolgten Zahlungen des Beklagten auf das Honorar des Klägers können entgegen der Meinung des Beklagten nicht als Tilgungsleistungen auf eine festgestellte Forderung angesehen werden. Denn die Gebührenordnung sieht für die Feststellung eines Steuerberaterhonorars vor, daß der Steuerberater eine Berechnung erstellt, die er unterschreiben und die den oben erwähnten Voraussetzungen des § 9 Abs. 2 der Gebührenordnung entsprechen muß. Der Kläger hat den Beklagten auch frühzeitig, nämlich bereits durch die Rechnung vom 14.10.1987, darauf aufmerksam gemacht, daß er sich des Abrechnungsrechts nicht begeben wollte. Daß er auf die Rücksendung dieser Rechnung durch den Beklagten gemäß dessen Schreiben vom 10.11.1987 geschwiegen und danach weiterhin den alten Monatsbetrag von 169,40 DM nebst Mehrwertsteuer, wie von dem Beklagten in diesem Schreiben anerkannt, einzog, gestattet nicht den Schluß einer Gebührenvereinbarung; das Selbsteinziehungsrecht des Klägers war abhängig von dem – mündlich erklärten – Einverständnis des Beklagten. Dieser hatte durch das erwähnte Schreiben unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß er nur mit einer monatlichen Abbuchung von 169,40 DM + Mehrwertsteuer einverstanden war.

Die Höhe der vom Landgericht festgestellten Gebühren begegnet keinen Bedenken. Nach der Rechtsprechung des Senats hat der Steuerberater mangels Darlegung besonderer Umstände grundsätzlich Anspruch auf die mittlere Gebühr des Rahmens. Diese hat das Landgericht zugesprochen. **Dem Auftraggeber obliegt die Darlegungslast, wenn er die Mittelgebühr für übersetzt hält.** Diese Verpflichtung erfüllt der Beklagte nicht, wenn er hinsichtlich der Buchführungsgebühr vorträgt, der Kläger habe das **Kassenbuch** nicht zu führen brauchen.

Haftung des Steuerberaters

- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter
 - Verjährungsbeginn § 68 StBG
- (OLG Hamm Beschl.v. 16.10.1989 – 25 U 1/89)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Erstellt der Steuerberater für den Mandanten Unterlagen (hier: Geschäftswertermittlung), die als Beurteilungsgrundlage für Dritte (Bank, Beteiligungsinteressenten pp.) dienen sollen, so kann in dem Auftrag des Mandanten ein Steuerberatungsvertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter gesehen werden.
2. Ob Unterlagen des Steuerberaters einen Vertrauensstatbestand setzen, kann an folgenden Umständen deutlich werden:
 - der äußeren Form,
 - dem Vorhandensein eines Testats,
 - dem Hinweis auf wertbildende Faktoren.
3. Die Verjährung des Schadenersatzanspruchs gegen den Steuerberater beginnt mit der Kenntnis von der fehlenden Werthaltigkeit des Unternehmens auch dann, wenn der Schaden erst später eintritt.

Aus den Gründen:

Ende 1979/Anfang 1980 verhandelten die Gesellschafter der OHG mit einem Herrn K. letztlich erfolglos über dessen Beteiligung an der Personengesellschaft.

Die V. hatte im Gründungsjahr 1977 Gewinne von rund 2.700,00 DM, im Folgejahr Verluste von rund 73.800,00 DM erzielt, letzteren standen Gewinne der Firma K. in Höhe von rund 64.000,00 DM gegenüber. Im Wirtschaftsjahr 1979 erzielte die V. einen Gewinn von rund 202.000,00 DM.

Im Auftrage der OHG-Gesellschafter hatte der Beklagte die vorerwähnte handschriftliche „überschlägige Geschäftswertermittlung“ verfaßt. Darin heißt es unter anderem:

„Das betroffene Unternehmen ist bei der Ermittlung des Geschäftswertes nicht nur unter den augenblicklichen Gesichtspunkten zu sehen.

Langfristige Trends sind sowohl bei dem betroffenen Unternehmen als auch den Märkten, in denen sich das Unternehmen befindet, sorgfältig zu prüfen. Auf die gegenwärtige

Gewinn- oder Verlustsituation kommt es nicht entscheidend an (es folgen Rechtsprechungshinweise). Vielmehr kommt es entscheidend darauf an, daß das Unternehmen nachhaltig Gewinne erzielt. Bei neu eröffneten Betrieben ist es die Regel, daß erst nach einer gewissen Anlaufzeit Gewinne erwirtschaftet werden.“

Nach einer Erläuterung der verwendeten Begriffe heißt es sodann:

„Da die Ermittlung des nachhaltig erzielbaren Ertrages und des Kapitalisierungszinsfußes äußerst problematisch ist, ist auch der Ertragswert sehr schwer zu berechnen. Der nachhaltig erzielbare Ertrag kann nur in Anlehnung an die Gewinne der vergangenen Rechnungsperioden geschätzt werden.

Der Kapitalisierungszinsfuß mit dem der durchschnittliche Zukunftsertrag kapitalisiert wird, ist der zweite problematische Faktor in der Ertragswertberechnung. Ausgangspunkt für die Ermittlung des Kapitalisierungszinsfußes bildet der handelsübliche Kapitalmarktzins unter Ausschaltung kurzfristiger konjunktureller Einflüsse. Der Kapitalisierungszinsfuß muß um einen Risikozuschlag erhöht werden, in dem die Rechtsform, der Wirtschaftszweig, die Betriebsgröße und spezielle Risiken des zu bewertenden Betriebes zum Ausdruck kommen sollen. Der Kapitalisierungszinsfuß beruht also ebenso wie der Zukunftsertrag auf Schätzungen.“

Sodann ermittelte der Beklagte einen Geschäftswert von rund 1,61 Mio. DM auf der Basis von:

- a) „unterstellter“ langfristiger Normalverzinsung von 6 %,
- b) eines Risikozuschlages von 20 % und
- c) langfristig erzielbare Erträge von 200.000,00 DM per anno.

Zuzüglich eines mit rund 54.000,00 DM veranschlagten Substanzwertes ergab sich so ein von dem Interessenten K. für eine Drittelbeteiligung aufzuwendender Betrag von 539.000,00 DM.

Die „überschlägige Geschäftswertermittlung“ des Beklagten war auch Gegenstand der Ende 1980/Anfang 1981 geführten Beteiligungsverhandlungen des Klägers mit den Herren A + B, an denen – zumindest teilweise – auch der Beklagte teilnahm.

Die Verhandlungen führten zu einer von dem Beklagten handschriftlich unter dem 7.3.1981 niedergelegten Vereinbarung, in der es heißt, „der Einlagewert von 539.000,00 DM werde im Einvernehmen der Beteiligten

auf 375.000,00 DM reduziert. Im gleichen Verhältnis gekürzt ergebe sich somit ein Geschäftswert von 807.860,00 DM, bei einer Beteiligung von 15% folge daraus eine vom Kläger zu erbringende Einlage von 121.179,00 DM. Darüber hinaus habe der Kläger 15% der Substanzwerte laut noch aufzustellender Steuerbilanz sowie der darin enthaltenen stillen Reserven aufzubringen.

Aufgrund dieser Vereinbarungen seien 135.000,00 DM zu leisten“.

Zwar ist nach nunmehr gefestigter Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes (vgl. statt Vieler: BGH GI 1989, 95 = VersR 1989, S. 375; BGH GI 1987, 27 = WM 1987, S. 275 sowie die dazu erfolgte Besprechung bei Schindhelm/Grothe, Die Dritthaftung des Steuerberaters nach Vertragsgrundsätzen, DStR 1989, 445, jeweils m.w.N.) ein **Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter** zwischen Mandant und Steuerberater dann in Erwägung zu ziehen, wenn der Mandant den Steuerberater mit der Erstellung von Unterlagen beauftragt, die ersichtlich geeignet sind, als Beurteilungsgrundlage für z. B. kreditgewährende oder beteiligungsinteressierte Dritte zu dienen.

Die vom Beklagten angefertigte überschlägige Geschäftswertermittlung war offensichtlich als Verhandlungsgrundlage nicht nur für die Verkäufer – sondern auch für die Käuferseite geeignet.

Es kann dahinstehen, ob vorliegend die Annahme eines Vertrages mit Schutzwirkung zugunsten des Klägers schon deshalb zu unterbleiben hätte, weil die Geschäftswertermittlung vom Beklagten für den Verkaufsfall K. aufgestellt wurde, und zwar zu einem Zeitpunkt als der Kläger als Interessent noch gar nicht in Erscheinung getreten war. Denn aus dem Sachverhalt ergibt sich mit hinreichender Deutlichkeit, daß die Geschäftswertermittlung des Beklagten für einen objektiven Leser nicht geeignet war, einen Vertrauenstatbestand zu setzen, und daß der Kläger auf sie im Ergebnis auch nicht vertraut hat.

Schon in äußerlicher Hinsicht zeigt die Urkunde nicht die Form, die gemeinhin im Geschäftsverkehr bei derartigen Angelegenheiten eingehalten zu werden pflegt. **Es fehlt auch jegliches Testat des Beklagten, daß seine Bewertung auf eine gewissenhafte Prüfung der Markt- bzw. Firmensituation beruhe.** Schon in der Vorbemerkung wird vielmehr darauf hingewiesen, daß weniger die momentane denn die langfristige Ertragsstruktur von Bedeutung seien. Sodann findet sich mehrfach der Hinweis, daß die **wertbildenden Faktoren auf Schätzungen/Unterstellungen beruhten.** Bei den wichtigsten Faktoren der Ertragserwartung per anno und des Risikozuschlages zum Kapitalmarktzins findet sich nicht die geringste Erläuterung, auf welcher Grundlage die Prognose bzw. Schätzung beruhe.

Für den nicht völlig Geschäftsunkundigen (weil seit mehreren Jahren selbständigen Kläger) mußte sich deshalb schon bei vordergründiger Betrachtung der Geschäftswertermittlung die Frage nach deren Grundlagen förmlich aufdrängen. Wie insbesondere die schriftliche Vereinbarung vom 7.3.1981 zeigt, sind die Vertragsparteien auch von ganz anderen Grundlagen als denen der Wertermittlungen des Beklagten ausgegangen. Wenn der Kläger hierzu anführt, es sei nur um die rechnerische Anpassung bei Reduzierung der geplanten 1/3 Beteiligung auf 15 % gegangen, so läßt sich dies nicht nachvollziehen, Ausgangspunkt der Vereinbarung vom 7.3.1981 ist nicht **diese** Reduzierung als solche, vielmehr eine deutliche Reduzierung des Einlagewertes basierend auf einer Beteiligung von 1/3.

Aus der vorbeschriebenen Art und dem Inhalt der überschlägigen Geschäftswertermittlung folgt, daß der Beklagte für den potentiellen Interessenten ersichtlich keine Verantwortung für die Richtigkeit der zugrundegelegten Prognosen/Schätzungen übernehmen wollte. Schon deshalb scheiden diesbezügliche Ansprüche des Klägers, sei es aus § 328 BGB in Verbindung mit dem Steuerberatervertrag, sei es aus culpa in contrahendo oder mangelhafter Auskunft bzw. aus § 826 BGB aus.

Selbst wenn man dem nicht folgte, könnten Klage und damit Berufung keinen Erfolg haben; der Senat teilt die Auffassung des Landgerichts, daß die mit der erstmals am 14.3.1988 formell ordnungsgemäß zugestellten Klage erhobenen Ansprüche auch dann bereits **verjährt** sind, wenn die durch die Einreichung des Prozeßkostenhilfesuches im September 1986 gemäß § 203 BGB eingetretene Hemmung der Verjährung berücksichtigt wird.

Schon die in der Vereinbarung vom 17.3.1981 dokumentierte Herabsetzung des „Einlagewertes“ legt dringend anzunehmen nahe, **daß dem Kläger bereits bei Abschluß des Beteiligungsvertrages klar war, die V. OHG repräsentiere in Wirklichkeit nicht den Wert, wie er sich aus der überschlägigen Geschäftswertermittlung ergibt.**

Darüber hinaus ergibt sich aus der Anhörung des Klägers gemäß § 141 ZPO zu Protokoll des Landgerichts vom 6.10.1988, daß der Kläger bereits seit seinem Eintritt in die Firma ständig mit Liquiditäts- und darauf basierenden Geldbeschaffungsproblemen bzw. Sicherungswünschen der Banken konfrontiert war; **der Senat geht daher davon aus, daß dem Kläger die wirtschaftliche Schwäche der OHG und die mangelnde Werthaltigkeit spätestens Ende 1982 bekannt war.** Wenn nicht – wie der Kläger selbst vorträgt – der Schaden bereits bei Einzahlung der Einlage entstand, weil die Firmen schon damals konkursreif waren, so war der Schaden jedenfalls

nach den starken Verlusten der Jahre 1980 bis 1982 Ende des letzteren eingetreten und dem Kläger jedenfalls in den groben Umrissen bekannt. Dann aber war auch bereits zum Zeitpunkt der Einreichung des Prozeßkostenhilfegesuches ein etwaiger vertraglicher Anspruch gemäß § 68 Steuerberatungsgesetz und – soweit neben dieser Vorschrift anwendbar – ein etwaiger deliktischer Anspruch gemäß § 852 BGB verjährt.

Haftung des Steuerberaters

- Beweislast für Beratungsfehler
- Anerkenntnis des Beratungsfehlers
(OLG Hamm Urt.v. 16.12.1988 – 25 U 10/88)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Dem Mandanten obliegt die Beweislast für den Beratungsfehler des Steuerberaters, wenn unstreitig oder erwiesen ist, daß wegen einer bestimmten Angelegenheit ein Beratungsgespräch stattgefunden hat und der Gang der Besprechung vom Steuerberater konkret dargelegt wurde.
2. Der Versuch des Steuerberaters, ein in der Bilanz als Betriebsvermögen ausgewiesenes Wirtschaftsgut steuerunschädlich in das Privatvermögen zurückzuführen, läßt nicht den Schluß zu, er hätte hierdurch einen eigenen Fehler zugestanden und korrigieren wollen.

Aus den Gründen:

Der Kläger ist den Beweis des den Beklagten zur Last gelegten Beratungsversäumnisses schuldig geblieben, so daß ihm der erhobene Schadenersatzanspruch schon dem Grunde nach nicht zusteht, die begehrte Feststellung also nicht erfolgen kann. Dieser Beweis oblag dem Kläger. Der Senat folgt insoweit der Entscheidung des Bundesgerichtshofes vom 22.1.1986 – IV a ZR 105/84 – (IGI 1986, 77 = EWIR § 675 BGB 3/86, 471 (Gräfe) = NJW 1986, 2570). In jener Entscheidung **überbürdet der Bundesgerichtshof dem Mandanten die Beweislast für den Beratungsfehler des Steuerberaters** in Anwendung des § 363 BGB jedenfalls in den Fällen, in denen der Berater unstreitig oder erwiesenermaßen das in Rede stehende Problem mit dem Mandanten erörtert hat und sich nicht damit begnügt, eine Verletzung seiner Belehrungspflicht zu bestreiten, sondern den Gang

der Besprechung unter Darlegung seiner Ratschläge und Belehrungen einschließlich der Reaktion des Mandanten konkret dargetut. Diese Voraussetzungen sind hier gegeben. Die Frage der Investitionszulage zu den Gesamtbaukosten und der zu ihrer Erlangung erforderlichen Ausweisung auch der fremdbetrieblich genutzten und fremden Wohnzwecken dienenden Teile des Grundstücks einschließlich der zugehörigen Anteile an Grund und Boden als – gewillkürtes – Betriebsvermögen ist unstreitig Gegenstand zumindest einer Besprechung des Klägers mit dem Beklagten gewesen, der sich auch nicht auf das bloße Bestreiten eines positiven Beratungsfehlers oder der Unterlassung der Belehrung der steuerlichen Konsequenzen der vom Kläger getroffenen Wahl beschränkt hat. Er hat in beiden Instanzen **detailliert dargetan, sowohl über die künftige Gewerbesteuerpflichtigkeit** der Einnahmen aus dem Grundstück wie **über die Pflicht zur Versteuerung aufgelöster stiller Reserven im Falle der Rückführung in das Privatvermögen** belehrt und deshalb vom eingeschlagenen Weg abgeraten zu haben. Er hat des weiteren dargetan, welche Eventualitäten des steuerlichen Schicksals des in Rede stehenden Grundstücks erörtert worden seien, und daß es dem Kläger unter Vernachlässigung aller ausdrücklich besprochenen Nachteile auf den kurzfristigen Vorteil der Investitionszulage angekommen sei. In Anbetracht dieser einer gegenüber dem bloßen Bestreiten erhöhten Widerlegbarkeit ausgesetzten detaillierten Darstellung trug gemäß § 363 BGB der Beklagte die Beweislast für seine Behauptung, auf die Nachteile der getroffenen Wahl nicht hingewiesen worden zu sein, sie vielmehr ohne nähere Erörterung empfohlen bekommen zu haben. Der Beweis ist nicht geführt. Der Beklagte hat, als Partei vernommen, in Bestätigung seines Vortrages bekundet, daß der Kläger nach umfassender Belehrung, also in Kenntnis der damit verbundenen langfristigen Nachteile und trotz ausdrücklichen Abratens auf der Inanspruchnahme des kurzfristigen Vorteils der Investitionszulage bestanden zu haben. Der Beklagte hat bei seiner Aussage einen glaubwürdigen Eindruck hinterlassen. Zwingende Indizien gegen die Glaubhaftigkeit seiner Bekundung und für die Richtigkeit der Beklagtendarstellung hat weder die Aussage des Beklagten selbst erbracht noch sind solche sonst ersichtlich. Für die Glaubhaftigkeit seiner Bekundung spricht vielmehr, daß das Grundstück auf seinen Rat als Privatvermögen ausgewiesen war, während es der Kläger zuvor selbst als Betriebsvermögen deklariert hatte. Dieser Vorgang spricht zusätzlich dafür, daß dem Kläger seinerzeit die Vorteile jenes Wechsels bzw. die Nachteile der Ausweisung des Grundstückes als Betriebsvermögen schon einmal dargestellt worden waren. Auch war die erlangte Investitionszulage nicht unbeträchtlich, so daß dieser Vorteil durchaus einen plausiblen Grund für die in der Bilanz 75 getroffene Wahl abgeben konnte. **Der Versuch der Beklagten, die fremd-**

betrieblich genutzten und fremden Wohnzwecken dienenden Anteile des Grundstückes steuerunschädlich in das Privatvermögen des Klägers zurückzuführen, läßt für sich allein nicht den Schluß zu, die Beklagten hätten hierdurch einen eigenen Fehler zugestanden und korrigieren wollen. Die von ihnen gegebene Begründung, der Kläger selbst habe zumindest den unschädlichen Versuch machen wollen, dem Vorteil der Investitionszulage den weiteren Vorteil der steuerunschädlichen Rückführung in das Privatvermögen hinzuzufügen, ist ebenso nachvollziehbar wie die vom Kläger behauptete Begründung dieses Versuches.

Werbeverbot des Steuerberaters

– Berufswidrige Werbung

(OLG Hannover Beschl.v. 1.3.1990 – 44 StL 1/90 – rechtskräftig)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Der Steuerberater unterliegt dem Verbot berufswidriger Werbung gem. § 57 StBG.
2. Wertende, nicht überprüfbare Werbeaussagen in Stellenanzeigen vernachlässigen den zulässigen Informationszweck, wenn der Eindruck vermittelt wird, die Steuerberatungsgesellschaft habe sich auf die Beratung mittelständischer Unternehmen bereits mit großem Erfolg spezialisiert.
Die gezielte anpreisende Werbung wird verstärkt durch den Hinweis auf eine Kooperation mit einer „überregional tätigen Anwaltssozietät, die eine ähnliche Mandatsstruktur aufweist“.

Aus den Gründen:

Der Antrag auf Aufhebung des Rügebescheides mußte erfolglos bleiben. Die Berufskammer hat **zu Recht ein berufswidriges Verhalten bejaht**.

Grundlage der Bewertung ist § 57 Abs. 1 StBerG. **Danach haben Steuerberater ihren Beruf unter Verzicht auf berufswidrige Werbung und eigenverantwortlich auszuüben.** Der Hinweis des Antragstellers auf die zum anwaltlichen Berufsrecht erlassenen Entscheidungen des Bundesver-

fassungsgerichts (1 BvR 537/81; 1 BvR 362/79) treffen nicht uneingeschränkt auf das Berufsrecht der steuerberatenden Berufe zu. § 43 BRAO enthält lediglich eine kurzgehaltene Generalklausel und bedarf deshalb der wesentlichen Ausgestaltung durch Standesrichtlinien, die einschränkende Bestimmungen hinsichtlich der Werbung enthalten. **Bis zu einer Neuregelung sind jedoch auch für die rechtsberatenden Berufe die Standesrichtlinien durchaus weiter anwendbar** (vgl. LG Münster Urt. v. 6.7.1989 und Urt. v. 14.9.1989, NJW 1990, 262).

Zu Recht weist die Steuerberaterkammer darauf hin, daß § 57 StBerG in seinem Regelungsrahmen erheblich weitergeht. **Das Verbot berufswidriger Werbung ergibt sich unmittelbar aus der gesetzlichen Regelung.** Dies verkennt der Antragsteller.

Allerdings bedarf der Begriff der berufswidrigen Werbung bei Anwendung auf den Einzelfall durchaus näherer Konkretisierung. Wenn sich die Steuerberaterkammer dabei zur Auslegung der Gesetzesnorm auch der Standesrichtlinien bedient, bestehen insoweit keine durchgreifenden Bedenken.

Daß die Standesrichtlinien eine Erkenntnisquelle für die Beurteilung zur Ausgestaltung der im Gesetz geregelten allgemeinen Berufspflichten sind, entspricht der bisherigen ständigen Spruchpraxis (BVerf. GE 36, 213, 217; BGHZ 34, 64; BGH NJW 78, 298; OLG Celle DStR 72, 188).

Je umfassender die gesetzliche Regelung ist, um so stärker treten die Standesrichtlinien in ihrer Bedeutung zurück; so hinsichtlich der in § 57 StBerG enthaltenen weitgehenden Konkretisierung von Berufspflichten. Es kommt hinzu, daß nach dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 14.7.1987 (1 BvR 537/81) die Standesrichtlinien nicht für schlechthin unbeachtlich erachtet worden sind, sondern ihnen, wie schon erwähnt, zumindest für eine Übergangszeit rechtserhebliche Bedeutung zukommt.

Die hier einschlägige Standesrichtlinie Nr. 34 Abs. 4 wiederholt die Generalklausel, daß der Anschein berufswidriger Werbung zu vermeiden ist, bringt als Auslegungskriterien dazu die – auch noch allgemein gehaltene – Formulierung, eine Anzeige dürfe keine übertriebene oder auffällige Form haben. Was als berufswidrige Werbung zu beanstanden ist, läßt sich in aller Regel nur für den Einzelfall entscheiden. Daß auch nach den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts das Verbot berufswidriger Werbung selbst für das anwaltliche Berufsrecht weitergilt, obwohl es in § 43 BRAO ausdrücklich nicht aufgeführt ist, dürfte außer Zweifel stehen; vgl. Kleine-Cosack, a. a. O., Seite 164 ff.

Für die Auslegung von Generalklauseln des Standesrechts und somit auch für den **Begriff der „berufswidrigen Werbung“** bleiben als weitere rechts-erhebliche Erkenntnisquelle die Ausprägungen durch die ehrengerichtliche Rechtsprechung (vgl. BVerfGE 1 BvR 537/81; vgl. auch Pietzcker, NJW 1988, 513 ff., BGH NJW 88, 1099). So ist jede Tätigkeit, die als Aufforderung zur Auftragsanbahnung verstanden wird, als berufswidrige Werbung von den Standesgerichten gewertet worden (vgl. Bonner Handbuch der Steuerberatung, Band 4, § 57 Rdz. 710.1 ff.).

Wertet man die Anzeige vom 10.12.1988 unter diesem Gesichtspunkt, so ist von der Berufskammer begründet der Vorwurf einer berufswidrigen Werbung erhoben worden. Dabei ist nicht die gewählte Größe der Anzeige maßgebend. **Die Geeignetheit, bestimmte Adressaten zur Auftragsanbahnung zu veranlassen, ergibt sich jedoch aus dem Inhalt.**

Der Antragsteller hat die Gesellschaft herausgestellt mit dem Hinweis, „eine mittelgroße Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft mit Schwerpunkten in der Beratung mittelständischer Unternehmen“ zu sein. Diese anpreisende Herausstellung wird ergänzt durch den Hinweis auf die Kooperation mit einer „überregional tätigen Anwaltssozietät, die eine ähnliche Mandatsstruktur aufweist“. Diese schon reklamehaften Ausführungen werden verstärkt durch die Hinweise auf den „weiteren Ausbau“ und die geplante „prospektive und interdisziplinäre Steuerberatung in Zusammenarbeit mit unserem Kooperationspartner“.

Damit enthält die Anzeige eine wertende, nicht überprüfbare Werbeaussage, die den Eindruck vermittelt, diese Gesellschaft habe sich auf die Beratung mittelständischer Unternehmen spezialisiert, und zwar mit bereits großem Erfolg. Für die Information eines interessierten Bewerbers ist diese Information nicht erforderlich. Der zulässige Informationszweck wird vernachlässigt und dafür eine bewußte, gezielte Werbung für die Praxis verfolgt. Der Boden der Informationswerbung ist verlassen und in standeswidriger Weise wird für Auftragsanbahnung geworben, wobei die angesprochene Öffentlichkeit nicht in der Lage ist zu überprüfen, ob eine angemessene Leistung mit der so herausgestellten Anpreisung korrespondiert. Stellenangebote werden auch von den erwähnten mittelständischen Unternehmen gelesen. Ihnen bietet sich die Gesellschaft an. Damit wird der Boden der Informationswerbung verlassen. **Für Interessierte an einer Anstellung hätte zwanglos ein anderer Text gewählt werden können.**

Haftung des Steuerberaters

- Beweislast für Telefongespräch
 - Zustimmung des Mandanten zum Betriebsprüfungsergebnis
 - Vorsätzliche Pflichtverletzung des Mandanten
- (LG Hof Urt.v. 23.1.1990 – 10 328/89)

Leitsätze (d.Verf.):

1. Hat der Steuerberater weder ein angebliches Telefongespräch mit dem Mandanten noch die daraufhin erfolgte Rücknahme eines Rechtsmittels diesem schriftlich bestätigt, so steht zur Überzeugung des Gerichts fest, daß die Rücknahme des Einspruches eigenmächtig ohne Rücksprache mit dem Mandanten erfolgte.
2. Billigt der Mandant bei der Schlußbesprechung die Zuschätzungen des Betriebsprüfers, so kann der Steuerberater davon ausgehen, daß er damit auch mit den Einkommensteuererhöhungen einverstanden ist.
3. Hat der Mandant durch vorsätzlich nichtverbuchte Betriebseinnahmen die Zuschätzungen verursacht, kann er für die nachteiligen Folgen dieses Handelns nicht seinen fahrlässig handelnden Steuerberater auf Schadenersatz in Anspruch nehmen.

Aus den Gründen:

1. Bei dem Vertrag zwischen dem Kläger und dem Beklagten handelte es sich um einen Dienstvertrag, der eine Geschäftsbesorgung zum Gegenstand hatte; denn der Kläger hatte dem Beklagten ganz allgemein die Wahrnehmung aller seiner steuerlichen Interessen übertragen, insbesondere auch die Vertretung bei der Betriebsprüfung (BGH 54, 106, 107).
2. Die sich aus diesem Dienstvertrag ergebenden Pflichten, die in § 33 Steuerberatungsgesetz nur allgemein umschrieben sind, hat der Beklagte durch die Rücknahme der Einsprüche gegen die berechtigten Einkommensteuerbescheide nicht verletzt, zumindest nicht schuldhaft.
 - a) Das Gericht geht davon aus, daß der Beklagte die Einsprüche gegen die berechtigten Einkommensteuerbescheide ohne Rücksprache mit dem Kläger zurückgenommen hat.

Der als Partei einvernommene Kläger gab zwar vor der Kammer lediglich an, daß er sich an kein Telefongespräch erinnern könne, bei dem über die Rücknahme der Einsprüche mit dem Beklagten gesprochen worden sei. Der Kläger erklärte jedoch weiter, daß er von

der Rücknahme erst viel später von seinem Verteidiger im Strafverfahren erfahren habe. Hieraus ergibt sich, **daß der Beklagte weder das von ihm behauptete Telefonat noch die Rücknahme der Einsprüche dem Kläger gegenüber schriftlich bestätigte.** Bei Maßnahmen dieser Wichtigkeit ist das Unterlassen einer schriftlichen Bestätigung ungewöhnlich. **Hieraus zieht das Gericht den Schluß, daß der Beklagte eigenmächtig die Einsprüche zurücknahm, ohne dies zuvor mit dem Kläger abzusprechen.**

- b) Gleichwohl trifft den Beklagten nicht der Vorwurf eines pflichtwidrigen Verhaltens.

Der Beklagte hatte die **Einsprüche gegen die berechtigten Einkommensteuerbescheide eingelegt, ohne vom Kläger hierzu ausdrücklich beauftragt worden zu sein. Er durfte sie deshalb auch wieder ohne Rücksprache mit dem Kläger zurücknehmen.**

Zwar ist ein Steuerberater auch ohne besonderen Auftrag verpflichtet, seinen Mandanten über die Möglichkeiten von Steuerersparnissen aufzuklären (BGH VersR 1981, 1029); ebenso ist ein Steuerberater auch ohne besonderen Auftrag verpflichtet, gegen falsche Steuerbescheide die **zulässigen und erfolgversprechenden Rechtsbehelfe einzulegen.** Aus der Nichteinlegung eines Rechtsbehelfs gegen einen falschen Steuerbescheid kann ihm jedoch nur dann ein Vorwurf gemacht werden, wenn er die Unrichtigkeit des Steuerbescheides erkannt hat oder zumindest hätte erkennen können und müssen.

Im vorliegenden Fall ist schon fraglich, ob die Schätzungen der Betriebsprüfer überhaupt zu überhöhten Steuerfestsetzungen geführt haben. Jedenfalls hat dies der Beklagte nicht erkannt und auch nicht erkennen können.

Nach der unbestrittenen Behauptung des Beklagten legte er die Einsprüche gegen die berechtigten Steuerbescheide zunächst zur Fristwahrung ein, um genügend Zeit für eine genaue Prüfung des Betriebsprüfungsberichtes bzw. der dort enthaltenen Feststellungen zu haben. Bei dieser Prüfung kam er zum Ergebnis, daß das Rechtsmittel zumindest im Endergebnis keinen Erfolg haben könne.

Diese Schlußfolgerung des Beklagten ist insofern stichhaltig, da es im Rahmen des Einspruchsverfahrens auch zu einer Schlechterstellung des Klägers hätte kommen können. Zum einen bestand bei der Außenprüfung Streit über angeblich von den Eltern des Klägers zugeflossene Gelder in Höhe von über 390.000,- DM, die von den Prüfern letztlich anerkannt wurden. Zum anderen wurden bei einer durchgeführten Vergleichsrechnung lediglich 20.000,- DM für den Kläger als Lebensunterhalt ausgewiesen.

Nachdem der Kläger bei der Schlußbesprechung nach Beendigung der Außenprüfung anwesend war und die von den Prüfern vorgenommenen Schätzungen billigte, konnte der Beklagte in nicht vorwerfbarer Weise davon ausgehen, daß der Kläger auch mit den aus der Außenprüfung resultierenden Einkommensteuerbescheiden einverstanden sein werde.

Daß der Beklagte den Kläger bei der Schlußbesprechung unrichtig beraten habe, wird seitens des Klägers nicht detailliert behauptet.

Eine Pflicht des Beklagten, vor der Rücknahme der Einsprüche von sich aus die gesamten Unterlagen, insbesondere die Patientenakte, nochmals vollständig zu überprüfen, bestand nicht. Und woraus der Beklagte die Unrichtigkeit des von den Prüfern vorgenommenen Vermögensvergleichs hätte erkennen können, ist nicht ersichtlich.

- c) Schließlich hat der Beklagte auch nicht etwa deswegen pflichtwidrig gehandelt, weil ihn der Verteidiger des Klägers anläßlich einer Besprechung in dessen Kanzlei auf die Wichtigkeit der Einsprüche für das Steuerstrafverfahren hingewiesen hatte.

Der Beklagte handelte bei der Einlegung und Rücknahme der Einsprüche im Besteuerungsverfahren eigenverantwortlich. Der Verteidiger des Klägers war nicht befugt, dem Beklagten Anweisungen über die Aufrechterhaltung der Einsprüche zu erteilen. Jedenfalls ist eine Vollmacht dieser Art nicht behauptet.

Aus welchen Gründen der Beklagte die Einsprüche schließlich zurücknahm, wurde bereits ausgeführt.

3. Aber selbst wenn man von einem pflichtwidrigen Verhalten des Beklagten ausgeht, ist nicht ausreichend dargetan, daß eine Überprüfung der Steuerbescheide im Einspruchsverfahren zu einer Änderung geführt hätte.

Für die Frage nach der Haftung des Beklagten ist vorweg zu prüfen, ob der eingelegte Einspruch im Ergebnis Erfolg gehabt hätte. Handelt es sich – wie hier – nicht um eine Entscheidung, bei der die Behörde ein Ermessen ausüben kann, so ist ausschlaggebend, wie die Behörde richtig hätte entscheiden müssen. Nur wenn und soweit richtigerweise der Rechtsbehelf hätte Erfolg haben müssen, besteht ein Schadenersatzanspruch gegen den Beklagten (Späth, Die zivilrechtliche Haftung des Steuerberaters, RdNr. 317).

- a) Es kann zunächst dahinstehen, ob das Finanzamt im Einspruchverfahren die gesamte Patientenkartei nochmals im einzelnen überprüft hätte. Vom Finanzamt wurde, wie noch auszuführen sein wird, ein Vermögensvergleich angestellt. Hierbei wurden die getätigten Ausgaben den nachgewiesenen Einnahmen gegenübergestellt. Es kommt deshalb gar nicht darauf an, welche Einnahmen sich aus der Patientenkartei ergeben.

Der Kläger hat nicht schlüssig dargelegt, in welchen Punkten die Schätzung im Rahmen des Vermögensvergleichs durch das Finanzamt unrichtig sein soll.

Der Kläger führt beispielsweise auf, daß Zuflüsse auf Festgeldkonten vorhanden seien, die bereits in anderen Positionen enthalten sein sollen, nämlich entweder in Geldzuflüssen der Eltern oder vom Konto des Klägers kommen, und damit bereits erfaßt seien.

Zur Schlüssigkeit des Vortrages hätte es bedurft, gegebenenfalls unter Vorlage entsprechender Belege darzutun, welche Beträge von welchem Konto unter welchem Datum geflossen sein sollen. Hierauf wurde der Kläger in der mündlichen Verhandlung vom 23.1.1990 hingewiesen.

In dem vom Finanzamt im Schreiben vom 6.10.1986 vorgenommenen Vermögensvergleich ergibt sich unter der Ziffer 2 b („verwendete Mittel und ungeklärte Geldzuflüsse“), daß für die Jahre 1981 bis 1983 insgesamt 391.075,- DM an Geldzuflüssen von den Eltern in die Berechnung eingestellt wurden, die von dem Kläger als solche bezeichnet worden waren. Dieser Betrag wurde jedoch bei der weiteren Berechnung wieder abgezogen, so daß sie bei der jährlichen Zuschätzung von 85.000,- DM keine Berücksichtigung fanden.

Auch soweit der Kläger vorträgt, die Festgeldkonten seien aus seinem Vermögen gespeist worden, ist der Sachvortrag nicht schlüssig.

In dem Prüfungsbericht des Finanzamtes ist der Betrag von 69.621,- DM als „unklare Zuflüsse auf Festgeldkonto“ aufgeführt. In dieser Aufstellung wurden sowohl die Kontonummern als auch die Überweisungsdaten aus dem Jahre 1982 mit den überwiesenen Beträgen aufgeschlüsselt. Ein Vortrag über die Person des Überweisenden fehlt.

- b) Auch mit seiner Behauptung, die von der Betriebsprüfung als Zahlungseingänge auf dem Konto bei der Bank als Betriebseinnahmen erfaßten Geldbeträge würden bereits alle anderen nicht erfaßten Geldeinnahmen abdecken, kann der Kläger keinen Erfolg haben.

Aus dem Prüfungsbericht des Finanzamtes vom 8.4.1986 ergeben sich die vom Kläger vorgetragene Zahlungseingänge in Höhe von 2.814,- DM für das Jahr 1981, 89.235,- DM für das Jahr 1982 und 95.331,- für das Jahr 1983.

Diesen Zahlungseingängen wurden in dem erwähnten Vermögensvergleich vom 6.10.1986 die Abhebungen von diesem Konto gegenübergestellt. Diese beliefen sich für 1982 auf 69.521,- DM und für 1983 auf 33.580,- DM.

Somit ergibt sich, daß beispielsweise im Jahr 1983 zwar auf dieses Konto über 95.000,- DM einbezahlt, jedoch lediglich über 33.000,- DM abgehoben wurden. Da sich dieses Geld nach wie vor auf dem Konto befindet und somit in den Vermögensvergleich unter „zur Verfügung stehende Mittel“ nicht Eingang finden konnte, war es auch nicht unter „verwendete Mittel und ungeklärte Zuflüsse“ im Vermögensvergleich aufzuführen. Aus diesem Vermögensvergleich ergibt sich jedoch, daß über den auf dem Konto befindlichen Betrag hinaus weitere Gelder vorhanden waren.

c) Soweit sich schließlich der Kläger dagegen wendet, daß das Finanzamt im Schreiben vom 14.11.1986 unrichtige Laborkosten und Zahnarztanteile ansetzt, kann er hiermit ebenfalls keinen Erfolg haben. Diese Berechnung vom 14.11.1986 stellt lediglich eine „Verprobung“ des geschätzten Betrages von jährlich 85.000,- DM dar.

4. Jedoch selbst wenn man unterstellt, daß die Zuschätzungen zu hoch waren und der Beklagte schludhaft seine Pflichten aus dem Steuerberatervertrag verletzt hat, führt dies nicht zu seiner Haftung.

Die berichtigten Einkommensteuerbescheide für die Jahre 1981 bis 1983 beruhen auf nachgewiesenen Steuerhinterziehungen und auf Zuschätzungen aufgrund der Betriebsprüfung. Zu den Zuschätzungen kam es, weil bei der Betriebsprüfung nicht aufgezeichnete Betriebseinnahmen festgestellt wurden. **Für die Nichtaufzeichnung der Betriebseinnahmen war allein der Kläger verantwortlich. Er handelte dabei vorsätzlich. Dem Beklagten kann hingegen – wenn überhaupt – allenfalls der Vorwurf fahrlässigen Fehlverhaltens gemacht werden. Ein vorsätzlich handelnder Mandant kann aber für die nachteiligen Folgen dieses Verhaltens seinen allenfalls fahrlässig handelnden steuerlichen Berater nicht auf Schadenersatz in Anspruch nehmen** (Spöth, a. a. O., RdNr. 313).

GI Hinweis

Nach 10 Jahren wird nun in 17. Auflage das „Handbuch der GmbH & Co.“ von Hesselmann/Tillmann im Verlag Dr. Otto Schmidt KG auf den Markt gebracht (716 Seiten, 160,- DM).

Das Werk wurde völlig neu bearbeitet. Das Buch wendet sich an den Praktiker in der Rechts- und Steuerberatung. Das Leben der GmbH & Co. wird im Hinblick auf alle anfallenden steuerrechtlichen und gesellschaftsrechtlichen Fragen gründlich bearbeitet. Ein eigenes Kapitel ist den Fragen der Umwandlung sowohl in die GmbH & Co. hinein als auch aus der GmbH & Co. gewidmet.

Die Darstellung ist klar, übersichtlich und gründlich. Im gesellschaftsrechtlichen Teil werden eingehend dargestellt: Die zunehmende Verschärfung der Haftungsrechtsprechung bei Gründung und in Krisensituation der GmbH & Co.; das Zusammenwirken der Organe, die Gesellschafterversammlung der GmbH und der GmbH & Co., die Geschäftsführeraufgaben, das neue Bilanzrecht. Im steuerrechtlichen Teil werden die verschiedenen Gründungsvarianten – Sacheinlage, Betriebseinbringung und Aufnahme einer Komplementär-GmbH – erörtert. Ausführlich eingegangen wird auf die Familien-GmbH & Co., die verdeckte Gewinnausschüttung, Vergütungen an Kommanditisten sowie die Behandlung des Sonderbetriebsvermögens.

Anregungen für einen GmbH & Co.-Vertrag sowie für den Gesellschaftsvertrag der Komplementär-GmbH runden das Handbuch ab.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1–3, 1991)

Allgemeine Geschäftsbedingungen			
– Ausschluß d. Kündigungsrechts	91, 42	= vergebliche Belehrungen	91, 28
Allgemeine Versicherungsbedingungen (AVB) (s. auch Versicherungsschutz)		= Belehrung d. Vorberater	91, 28
– wissentliche Pflichtverletzung		– ungefragte –	
= Kausalitätsprüfung	91, 38	= Zweifel d. Steuerberaters	91, 63
= Wirksamkeit, AGBG	91, 41	Beweislast	
Anerkenntnis		– f. Fehlberatung	91, 72
– d. Bilanzberichtigung?	91, 72	– f. Rücknahme d. Rechtsbehelfs	91, 77
Auskunftsvertrag		Bilanzberichtigung	
– stillschweigender Abschluß		– Anerkenntnis?	91, 72
= Verdienstbescheinigung	91, 62	Dienstvertrag	
Bauherrenmodell		– Steuerberatungsvertrag	91, 8, 12
– Grunderwerbsteuer	91, 3	Dritthaftung	
Belehrungspflicht d. StB, Wp, RA		– Vertrag m. Schutzwirkung zugunsten Dritter	
– fehlende Belehrungsbedürftigkeit		= Bewertung	91, 68
		= Testag	91, 68
		Durchgriffshaftung	
		(s. Geschäftsführer Wp/StB-GmbH)	

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.